

**NEUE HERAUSFORDERUNGEN –
NEUE INSTRUMENTE?
DEUTSCHE AUSSIEDLER-POLITIK AM SCHEIDEWEG**
DOROTHEA BROMMLER

Seit 1950 sind über vier Millionen Aussiedler¹ nach Deutschland gekommen: *fremde* Deutsche mit dem Wunsch, als »Deutsche unter Deutschen« zu leben, zu arbeiten und zu wohnen. In der Wahrnehmung anfangs wohl nicht so fremd wie andere Immigranten, aber dennoch fremd – und das im Widerspruch zur eigenen, positiven Identifikation der Aussiedler mit dem ›Deutschsein‹. Trotzdem »verlief die Integration dieser Zuwanderer und ihrer Familienangehörigen [...] weitgehend sozial unauffällig« (Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen 1999: 4). Aber sind diese ›fremden Deutschen‹ mittlerweile zu fremd, um in Deutschland erfolgreich oder ›sozial unauffällig‹ integriert zu werden?

Dass sich Integrationsarbeit mit Immigranten allgemein und die Arbeit mit Aussiedlern im Besonderen nicht immer einfach gestaltet, ist bekannt: Sprachschwierigkeiten, Mentalitätsunterschiede, offene Ablehnung durch die Aufnahmegesellschaft und nicht zuletzt die oft mangelnde Bereitschaft der Einwanderer selbst, in Deutschland ›anzukommen‹, erschweren die Eingliederung. In Bezug auf die Aussiedler hat sich diese Problematik seit Beginn der 1990er Jahre noch verstärkt, denn sowohl die Rahmenbedingungen als auch die ankommenden Menschen haben sich verändert. Trotz ihrer deutschen Abstammung und der ›automatischen‹ Einbürgerung treffen die nach 1990 gekommenen Aussiedler längst auf ähnliche, wenn nicht auf die gleichen Schwierigkeiten wie andere Einwanderer und sind daher wohl auch eher mit diesen vergleichbar als mit einheimischen Deutschen. Und insgesamt betrachtet sind wohl die meisten der so deklarierten »Aussiedler-Probleme« mehr oder weniger ›typische‹ Probleme von Einwanderern allgemein: die Wohn- und Arbeitssituation, Sprachschwierigkeiten, Stigmatisierungen, Schulprobleme, kulturelle Adaptionsprobleme und vieles mehr (vgl. Kunschner 2000: 114).

Bezogen auf die Aussiedler-Population in Deutschland, ist darüber hinaus jedoch festzustellen, dass sich die eben genannte Problematik

1 Im Folgenden soll nur von »Aussiedlern« die Rede sein. Eine sprachliche Differenzierung zwischen »Aussiedlern« und »Spätaussiedlern« soll der besseren Lesbarkeit wegen hier nicht vorgenommen werden.

zunehmend, wenn auch nicht ausschließlich, im Kontext der Aussiedler aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion verdichtet (vgl. Dembon/Hoffmeister/Ingenhorst 1994: 1). Was die Problemlage noch verschärft, ist die Tatsache, dass die oben genannte Gruppe der Aussiedler zu einem Zeitpunkt in Deutschland eintraf bzw. eintrifft, an dem Knappheit an Arbeitsplätzen (vor allem für Geringqualifizierte) und an Wohnraum herrscht(e), Sozialstaat und Kommunen vor immensen finanziellen Problemen standen/stehen und sich die latente Abwehrhaltung innerhalb der Bevölkerung gegen Ausländer jeglicher Art durch die insgesamt hohen Zuzugszahlen noch verstärkt hat. Für die Integration dieser Menschen wird dies – kann nicht bald eine Änderung herbeigeführt werden – weitreichende Folgen haben, und ihre wahrscheinlich größte Erwartung, »als Deutsche unter Deutschen« leben zu können, »wird enttäuscht, weil sie als solche nur sporadisch anerkannt werden« (Kunschner 2000: 87).²

Die als »Aussiedler-Problematik« deklarierten Probleme verdichten sich inzwischen – wie schon eingangs erwähnt – hauptsächlich bei der Gruppe derjenigen Aussiedler, die aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion einreisen. Auf einige dieser Probleme soll nun im Einzelnen eingegangen werden, und zwar auf die Bereiche Sprache/Bildung, Arbeits- und Wohnungsmarkt sowie auf die spezifischen Probleme jugendlicher Aussiedler. Ich habe die folgenden Beispiele aus zwei Gründen ausgewählt: Erstens besteht hier der dringendste Handlungsbedarf, und zweitens sollen sie zeigen, dass in Zukunft – ganz im Sinne des Integrationsgedankens – Anstrengungen und aktive Mitarbeit seitens der Einwanderer/Aussiedler, wie auch der Aufnahmegesellschaft, gleichermaßen notwendig sind, um die neuen Herausforderungen zu meistern.

Die deutsche Aussiedler-Politik steht an einem Scheideweg zwischen Krisenverwaltung und Neuanfang (vgl. Dietz 1999a). Welchen Weg sie einschlagen wird, wird die Zukunft der Aussiedler in Deutschland, aber auch die Zukunft der Aufnahmegesellschaft entscheidend prägen. Können die bisherigen Instrumente der Aussiedler-Integration den veränderten Tatsachen Rechnung tragen? Sind sie (noch) geeignet, gelungene Integration herbeizuführen? Im Bilde gesprochen: Taugen

- 2 Schon 1988 sahen laut einer Studie nur 38 Prozent der befragten Bundesbürger Aussiedler als Deutsche an, 36 Prozent bezeichneten sie als Ausländer. Die restlichen 26 Prozent legten sich nicht auf eine konkrete Zuordnung fest (zit. nach Blahusch 1999: 140).

die alten Schläuche noch für den neuen Wein, oder bedarf es gänzlich neuer, um langfristige und auch lang anhaltende Erfolge zu erzielen? – Diesen Fragen soll nun im Folgenden anhand ausgewählter Beispiele nachgegangen werden.

Integration

Was bedeutet nun aber Integration? Welcher Zustand oder Prozess wird damit beschrieben? Auch Assimilation und Separation sind Möglichkeiten der Eingliederung in eine Gesellschaft, aber wo liegen die Unterschiede zur Integration?

Festzuhalten ist zunächst einmal, dass die Phase der Eingliederung in eine Gesellschaft von entscheidender Bedeutung ist – in erster Linie für die Neuankömmlinge selbst, aber auch für die Einheimischen und das Verhältnis zwischen diesen beiden Gruppen. Schwer lassen sich einmal eingeschlagene Pfade wieder verlassen oder abändern, und die Erfahrung hat gezeigt, dass in der Vergangenheit der deutschen Aussiedler-Politik mehrere solcher ›Irrwege‹ eingeschlagen wurden, deren Korrektur heute große Probleme bereitet. Man denke beispielsweise an die Tatsache, dass mitreisende Familienangehörige von Aussiedlern (sofern sie nicht selbst Aussiedler-Status beantragt haben) nach Deutschland einreisen können, ohne je durch einen Sprachtest Kenntnisse der deutschen Sprache nachgewiesen haben zu müssen. Die Konsequenzen daraus sind bereits in aller Deutlichkeit sichtbar geworden – Sprache wird nicht umsonst als »Schlüssel zur Integration« bezeichnet (Bundesministerium des Innern 2001). Fehlt dieser Schlüssel, gelangt man (um im Bilde zu bleiben) in der Regel nicht dort hin, wo man letzten Endes hin möchte, oder man muss dafür sehr mühsame und aufwändige Umwege auf sich nehmen. Sprache eröffnet Zugangs- und Teilhabechancen.

Der Begriff Integration wurde in der öffentlichen Diskussion der letzten Jahrzehnte immer wieder instrumentalisiert: Je nach politischem Standpunkt konnte er Anpassung, Assimilation, Eingliederung, Zusammenleben oder Mitbestimmung bedeuten. In und im Sinne einer demokratisch verfassten Gesellschaft kann Integration aber nur gleichberechtigte Teilhabe bedeuten. Integration ist dabei erstens als Prozess und nicht als Zustand zu verstehen und zweitens als ein Prozess, an dem mindestens zwei Parteien aktiv (!) beteiligt sind. Es geht um gleiche Rechte und Pflichten, um Chancengleichheit, um Partizi-

pation und nicht zuletzt um Toleranz, Akzeptanz und beiderseitiges Verstehen (vgl. Baaden 1997: 15f.).

Gemeinhin wird idealtypisch zwischen materieller, sozialer und kultureller Integration unterschieden, wobei realiter keine scharfe Trennung zwischen diesen Bereichen vorhanden ist. Wichtig für die Integrationsarbeit mit Aussiedlern ist allerdings weniger eine theoretische Definition von Begriffen, als vielmehr ein praktisches Konzept mit einer klaren Zielsetzung. Ein solches Konzept sollte, in Anlehnung an Baaden (1997), folgende Ziele beinhalten:

- *Gleichberechtigung* (i.S.v. ökonomischer, politischer und rechtlicher Gleichstellung) anstelle von *Gleichförmigkeit* als langfristiges Ziel von Integration. Zuwanderer sollen im Gleichgewicht von wechselseitigen Pflichten und Bereicherungen respektiert und nicht einfach nur toleriert werden (Häußermann/Siebel 2000: 78);
- bei den Eingewanderten ein Zustand der Zufriedenheit, der Rollensicherheit und Verhaltensstabilität sowie ein Gefühl des Angenommenseins in der Aufnahmegesellschaft; hierzu müssen Anlässe für Konflikte und Konkurrenz (wie z.B. auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt) erkannt und abgebaut werden;
- Erlangung vollständiger Partizipation der Migranten an Entscheidungsprozessen und Erwerb von Zugangsmöglichkeiten zu Funktionen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft;
- Erreichen eines Zustandes, in dem Interaktion und Kommunikation zwischen Migranten und Aufnahmegesellschaft über fortbestehende kulturelle Unterschiede hinweg stattfinden – also Integration und nicht Assimilation (vgl. ebd.).

Integration meint also nicht eine völlige, gegen den inneren Widerstand der Einwanderer durchgesetzte Anpassung an die Mehrheitsgesellschaft, sondern vielmehr eine gleichberechtigte Eingliederung in diese:

»Integration bedeutet eine längerfristige Annäherung zweier [...] Kulturen auf der Basis der Gegenseitigkeit (Anforderungen an beide Seiten mit entsprechenden Erfolgs- oder Misserfolgserlebnissen); sie darf nicht als einseitig zu erbringende Leistung angesehen werden. [...] Nur wenn für beide Seiten es nützlich und notwendig erscheint, sich aufeinander einzulassen, weil daraus nachweisbare Vorteile erwachsen, wird Integration gelingen« (Althammer/Kossolapow 1992: 9f.).

Neue Herausforderungen an die Instrumente der Aussiedler-Politik

»Seit Mitte der 1990er Jahre ist die Eingliederung der Aussiedler und ihrer Familienangehörigen problematischer geworden«, so der Aussiedler-Beauftragte der Bundesregierung, Jochen Welt, im Programm »Aussiedlerpolitik 2000« der rot-grünen Bundesregierung (Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen 1999: 4). Zur Erinnerung: Zwischen 1950 und 1989 kam das Gros der Aussiedler, zusammengefasst unter dem Begriff »osteuropäische Aussiedler«, aus osteuropäischen Staaten wie Polen und Rumänien, zu kleineren Teilen aus der ehemaligen Tschechoslowakei, Ungarn und dem ehemaligen Jugoslawien. Seit Beginn der 1990er Jahre kommt hingegen, mitunter aufgrund des Kriegsfolgenbereinigungsgesetzes (KfbG) vom 1. Januar 1993³, der größte Teil der Aussiedler aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion – zusammengefasst unter dem Begriff »außer-europäische Aussiedler«.

Aufgrund der veränderten Herkunftsgebiete hat sich auch der Aussiedler-Typus entscheidend geändert: Die Menschen sprechen kaum noch Deutsch, sind fast gar nicht mehr europäisch geprägt, ihre Denk- und Lebensweise unterscheidet sich in vielem von der in Deutschland, und ihre beruflichen Qualifikationsstrukturen sind auf dem bundesdeutschen Markt kaum zu verwerten. Einige dieser neuen Herausforderungen, mit denen es jetzt und auch in Zukunft engagiert umzugehen gilt, sollen nun im Einzelnen dargestellt werden.

- 3 Durch das Kriegsfolgenbereinigungsgesetz (KfbG) trat eine wesentliche Rechtsänderung in Kraft: die Feststellung des Kriegsfolgenschicksals. Seither müssen Antragsteller aus allen Herkunftsstaaten – mit Ausnahme der Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion – glaubhaft machen, dass sie ab diesem Zeitpunkt als deutsche Volkszugehörige im Herkunftsland Benachteiligungen erlitten haben. Antragsteller aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion sind wegen ihres besonderen Vertreibungsschicksals von dieser Regelung ausgenommen, die Fortwirkung der Benachteiligung wird weiterhin unterstellt. Antragsteller aus den restlichen Herkunftsstaaten können aufgrund der fortschreitenden Liberalisierung heute nur noch in den seltensten Fällen Benachteiligungen nachweisen, was sich deutlich in der heute nur noch geringen Zahl der Anträge aus diesen Gebieten widerspiegelt (derzeit ca. 2 % aller Anträge).

Sprachprobleme/Bildung

»Sprache ist der Schlüssel zur Integration. Im Gegensatz zu früher kommen immer mehr Spätaussiedler mit unzureichenden Sprachkenntnissen zu uns« (Bundesministerium des Innern 2001). Während die bis Ende der 1980er Jahre eingereisten osteuropäischen Aussiedler noch weitgehend Deutsch sprechen konnten (wenn auch nur als Dialekt) und so etwas wie eine »europäische Orientierung« hatten, trifft dies für die außer-europäischen Aussiedler inzwischen kaum bis gar nicht mehr zu. Seitdem der überwiegende Teil der Aussiedler aus den sowjetischen Nachfolgestaaten kommt, haben die Sprachprobleme enorm zugenommen und infolgedessen auch die Schwierigkeiten, sich in allen anderen Bereichen zu integrieren. So ziehen mangelnde deutsche Sprachkenntnisse, beispielsweise bei jugendlichen Aussiedlern, verschlechterte (Aus-)Bildungsmöglichkeiten nach sich. Ohne ausreichende (Aus-)Bildung stehen – wenn überhaupt – nur niedrig qualifizierte Arbeitsplätze zur Verfügung und ohne Arbeitsplatz nur geringe finanziellen Ressourcen etc. Dabei haben diese Negativa durchaus langfristige Auswirkungen: Auch die Kinder der so betroffenen Aussiedler werden in aller Regel wieder nur über erheblich verschlechterte Zugangschancen zum Bildungs- und Arbeitsmarkt etc. verfügen – ein *circulus vitiosus*, den es zu durchbrechen gilt.

Aber nicht nur in Bezug auf die Herkunftsgebiete haben Verschiebungen stattgefunden, auch die Zusammensetzung der Einwanderer hat sich verändert: 1993 waren noch 74 Prozent selbst Spätaussiedler, also nach § 4 Bundesvertriebenengesetz (BVFG) deutsche Volkszugehörige. Deren Anteil liegt inzwischen nur noch bei ca. 20 Prozent. Die restlichen rund 80 Prozent sind »mitreisende Familienangehörige« (also Ehegatten und so genannte »Abkömmlinge«, die keine deutschen Volkszugehörigen sind) und sonstige mitreisende Familienangehörige, wie die folgende Tabelle (allerdings mit Stand von 2000) zeigt.

Wir finden hier eine Einteilung in drei Gruppen: erstens die Spätaussiedler selbst, also diejenigen, die nach § 4 BVFG deutsche Volkszugehörige sind, zweitens diejenigen, die keine deutschen Volkszugehörigen sind bzw. diese Eigenschaft nach § 7 Abs. 2 BVFG nicht glaubhaft gemacht haben, und drittens sonstige Familienangehörige nach § 8 Abs. 2 BVFG.

Man sieht hier, dass sich die Verhältnisse in der Zusammensetzung in den vergangenen elf Jahren genau umgekehrt haben – eine Tatsache, die bei der Integration dieser Zuwanderer zu erheblichen Problemen führt.

Tabelle 1: Eingetroffene und registrierte Aussiedler und Angehörige

Jahr	Perso- nen	§ 4 BVFG		§ 7 Abs. 2 BVFG		§ 8 Abs. 2 BVFG	
		Perso- nen	Anteil	Perso- nen	Anteil	Perso- nen	Anteil
1993	218.888	162.146	74,1 %	55.385	25,3 %	1357	0,6 %
1994	222.591	135.594	60,9 %	83.023	37,3 %	3947	1,8 %
1995	217.898	120.806	55,4 %	90.795	41,7 %	6297	2,9 %
1996	177.751	84.756	47,7 %	87.426	49,2 %	5569	3,1 %
1997	134.419	53.382	39,7 %	75.033	55,8 %	6004	4,5 %
1998	103.080	35.098	34,1 %	62.233	60,4 %	5749	5,6 %
1999	104.916	30.944	29,5 %	64.599	61,6 %	9373	8,9 %
2000	95.615	25.184	26,3 %	60.514	63,3 %	9917	10,4 %

Quelle: Unabhängige Kommission Zuwanderung (2001: 182)

Die oben genannten rund 80 Prozent mitreisenden Familienangehörigen müssen – wenn sie nicht selbst den Aussiedler-Status beantragt haben – im Aufnahmeverfahren immer noch keine Sprachkenntnisse nachweisen, d.h. sie müssen keinen Sprachtest machen. Da gerade bei diesem Personenkreis meist nur geringe bis gar keine Deutschkenntnisse vorhanden sind, ist somit eine wesentliche Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Integration in Deutschland von vornherein nicht gegeben.

Die genannten Zahlen zeigen auch, dass die Zahl der so genannten binationalen Ehen (meist deutsch-russisch) in den letzten Jahren erheblich zugenommen hat. Sie liegt mittlerweile bei ca. 40 Prozent aller Neuankömmlinge. Russlanddeutsche, die in einer solchen Mischehe mit Angehörigen anderer Völker verheiratet sind, haben sich in der Regel aufgrund von engen Familienbanden im Herkunftsland vergleichsweise spät entschlossen, einen Ausreiseantrag zu stellen. Bestand solch eine Ehe zum Zeitpunkt der Einreise in die Bundesrepublik schon länger als drei Jahre, erhalten jedoch auch die mitreisenden Familienangehörigen, sofern sie in den Aufnahmebescheid mit einbezogen sind, den Aussiedler-Status. Sobald sie vom Rathaus ihre Spätaussiedler-Bescheinigung bekommen haben, werden also kraft Gesetz Personen deutsche Staatsangehörige, die zwar dem Begriff nach »(Spät-)Aussiedler« und somit *de jure* deutsche Staatsangehörige sind,

die aber kulturell, sozial und mental weit von Deutschland entfernt sind: Fremde, Einwanderer mit deutschem Pass.⁴ Das deutsche Recht greift hier also bis in die Herkunftsgebiete und reklamiert durch Zuschreibung des Deutschtums bestimmte Personen als Staatsbürger, ohne Rücksicht auf deren kulturelle Distanz zur Bundesrepublik zu nehmen (vgl. Blahusch 1999).

Ruft man sich jetzt noch einmal ins Gedächtnis, um welchen Prozentsatz es sich dabei handelt, erscheint ein Richtungswechsel in der deutschen Aussiedler-Politik mehr als angebracht. De facto sind diese Menschen »Ausländer«, und zum Wohl derer, die heute die Konsequenzen der derzeitigen (und vergangenen) Aussiedler- bzw. Einwanderungspolitik zu tragen haben, müssen bessere rechtliche Möglichkeiten der Integration geschaffen werden:

»Ein Zuwanderungsgesetz ist überfällig. [...] Die Integrationsprobleme treten bei dieser Gruppe immer deutlicher hervor und stellen die Kommunen vor schier unlösbare Probleme. [...] Ohne die geplanten Änderungen im Bundesvertriebenengesetz, die die Zuwanderung von Aussiedlern und deren Familienangehörigen nur noch unter der Voraussetzung deutscher Sprachkenntnisse zuließen, reisen Monat für Monat Tausend Menschen mit erhöhtem Integrationsbedarf ein« (Bundesministerium des Innern 2004).

Ohne die Schlüsselqualifikationen Sprache und Bildung ergeben sich in allen anderen Bereichen gesellschaftlicher Integration Schwierigkeiten, die zu überwinden Aussiedler wie Aufnahmegesellschaft gleichermaßen überfordert:

»Das gesellschaftliche Labor [...], in dem aus sozialistisch sozialisierten Russlanddeutschen aus Kasachstan ohne zureichende Sprachkenntnisse innerhalb von sechs Monaten konkurrenzstarke und sprachgewandte Deutsche werden, würde einen Dr. Faustus nötig haben« (Bade/Oltmer 1999: 34).

Herausforderung Arbeitsmarkt

Der Zugang zum Arbeitsmarkt ist eine wichtige Voraussetzung für die soziale Integration, da er die Menschen in die Lage versetzt, ihren

4 Bade/Oltmer (1999: 32) bezeichnen in diesem Zusammenhang die Verwendung der Begriffe »Aussiedler« und »Spätaussiedler« als »euphemistischen Mummenschanz«.

Lebensunterhalt selbst zu bestreiten. Darüber hinaus stärkt beruflicher Erfolg bzw. die berufliche Stellung das Selbstwertgefühl, ermöglicht es, Kontakte zu Einheimischen zu knüpfen und sich so schneller sozial und kulturell mit der Aufnahmegesellschaft zu identifizieren. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben jedoch gezeigt, dass gerade die berufliche Integration sowohl die Aufnahmegesellschaft als auch die Aussiedler vor enorme Herausforderungen stellt, da Angebots- und Nachfrageseite erheblich auseinander klaffen.

Bis Ende der 1980er Jahre wurde die berufliche Eingliederung der Aussiedler in Deutschland durch die Arbeitsmarktsituation noch relativ begünstigt, da die Aussiedler von ihrer Berufsstruktur her vor allem in solchen Bereichen (z.B. in Fertigungsberufen oder in der Baubranche) stark repräsentiert waren, die von deutscher Seite allein nicht abgedeckt werden konnten (vgl. Fleischer/Proebsting 1989: 582f.). Seit Beginn der 1990er Jahre hat sich die Situation jedoch ständig verschlechtert. Vor allem im industriellen Bereich, in dem derzeit ca. 35 Prozent aller beschäftigten und registrierten⁵ Aussiedler tätig sind, werden Arbeitskräfte freigesetzt (vgl. Bundesministerium des Innern 2003: 24). Im expandierenden tertiären Sektor werden jedoch Befähigungen erwartet, »die – trotz mancher Ausnahmen – bei den Russlanddeutschen der sowjetischen Arbeitswelt entsprechend nicht unisono erwartet werden können [...] [:] kommunikative Fähigkeiten, technologische Kenntnisse, Teamwork und weithin [...] selbständiges Arbeiten« (Kunschner 2000: 102). Auch verfügen die Aussiedler vielfach über Qualifikationen, die auf dem deutschen Arbeitsmarkt schwer zu verwerten sind oder kaum mehr nachgefragt werden. So waren beispielsweise Frauen in ihren Herkunftsgebieten ganz selbstverständlich in Handwerks-, Bau- oder Industrieberufen vertreten. In Deutschland haben sie jedoch kaum Zugang zu entsprechenden Anstellungen.

Daneben sind in den meisten Fällen keine ausreichenden Deutschkenntnisse vorhanden, um erfolgreich in den Arbeitsmarkt integriert zu werden. Besonders jugendliche Aussiedler bleiben an dieser Klippe hängen. Bei den Älteren hingegen stellen sich bei der

5 Aussiedler sind im Unterschied zu Ausländern in der amtlichen Statistik kaum präsent, da sie nur im Jahr ihrer Zuwanderung bzw. einem darauf folgenden begrenzten Zeitraum als Aussiedler erfasst werden. In der amtlichen Statistik sind daher (häufig) lediglich unmittelbar zugewanderte Aussiedler erfasst. Hierdurch ist es oft nicht möglich, genaue Aussagen zu bestimmten Bereichen zu machen.

Eingliederung in den deutschen Arbeitsmarkt häufig so genannte »Übertragungsverluste« (Kunschner 2000: 105) ein, weil ihre im Herkunftsland erreichten und bescheinigten Abschlüsse in der Regel nicht mit den Ausbildungs- und Berufsabschlüssen in der Bundesrepublik übereinstimmen. So wird beispielsweise ein russlanddeutscher Ingenieur mit Hochschulabschluss hierzulande auf Facharbeiterniveau herabgestuft.

Die Erfolgsaussichten bei der Eingliederung in den bundesdeutschen Arbeitsmarkt hängen also, zusammengefasst, von mehreren Kriterien ab: Neben dem Herkunftsort und dem dort erlernten bzw. ausgeübten Beruf sind das Geschlecht, das Einwanderungsjahr, die Aufenthaltsdauer und nicht zuletzt und vor allem die Sprachkenntnisse entscheidend. Allerdings ist die berufliche Integration nicht allein von diesen Variablen abhängig. Auch die aktuelle Wirtschaftslage und andere Rahmenbedingungen im Aufnahmeland sind wichtige Einflussgrößen. In Deutschland sind diese derzeit, um nur zwei zu nennen, die allgemeinen Probleme auf dem Lehrstellen- und Arbeitsmarkt und die Krise der Sozial- und Rentensysteme. Vor diesem Hintergrund hat sich die Diskussion über zusätzliche Zuwanderung – auch von Aussiedlern – nach Deutschland verschärft (Stichwort »Sozialverträglichkeit«).

Mögen viele dieser Probleme auch vorübergehender Natur sein, so ist doch vorerst keine Besserung der Lage zu erwarten, weil aufgrund der allgemein angespannten Haushaltslage viele der notwendigen finanziellen Mittel (für Sprachkurse, Fortbildungsmaßnahmen etc.) nicht mehr verfügbar sind bzw. radikal gekürzt wurden. Trotzdem bleibt jedoch anzumerken, dass die Chancen auf eine Beschäftigung erfahrungsgemäß mit zunehmender Aufenthaltsdauer steigen (vgl. Bauer/Zimmermann 1995; Koller 1993; Leciejewski 1990). Ob sich dieser Effekt mit der Zeit auch bei der genannten Gruppe einstellt, bleibt abzuwarten.

Herausforderung Wohnungsmarkt

»Gerade für rußlanddeutsche Aussiedler, die zumeist in großen Familienverbänden leben, ist die Wohnsituation eine wesentliche Ausgangsbedingung für ihr Wohlbefinden und ihre soziale Integration« (Dietz/Hilkes 1994: 91). Leider jedoch finden Aussiedler heute in der Regel auf dem Wohnungsmarkt keinen ihren Bedürfnissen (wie z.B. der Familiengröße) entsprechenden Wohnraum. Damit fehlt eine wichtige Grundlage für die soziale Integration dieser Gruppe, für

Wohlbefinden und Zufriedenheit. Diese Problematik lässt sich keinesfalls ausschließlich mit den Defiziten auf Seiten der Aussiedler erklären, etwa mit ihrer oft unzureichenden Ausstattung mit kognitiven und/oder sozialen Ressourcen (vgl. Häußermann/Siebel 2000: 32).⁶ Gerade dieser Bereich der Integrationspolitik zeigt, dass auch seitens der Aufnahmegesellschaft mangelhafte Voraussetzungen für die Eingliederung von Einwanderern bestehen, die es im Interesse aller zu beheben gilt. So wurden etwa in den letzten Jahren die gesetzlichen Fördermittel wie Wohngeld oder Einrichtungsdarlehen stark reduziert, in den Zuweisungsbestimmungen verschärft oder aber einfach ersatzlos abgeschafft – so geschehen beim Lastenausgleichsgesetz, das den Aussiedlern in den meisten Fällen eine Basisfinanzierung für Wohneigentum ermöglichte. Es wurde durch das Kriegsfolgenbereinigungsgesetz ersatzlos abgeschafft.

Darüber hinaus war und ist parallel zur Einwanderung der russlanddeutschen Aussiedler ein Wandel im deutschen Wohn- und Städtebau zu verzeichnen. Die Versorgung mit Wohnraum wird zunehmend marktförmig organisiert – eine Verfahrensweise, die dem realsozialistischen Erfahrungshintergrund der Aussiedler fremd ist. Der soziale Wohnungsbau wurde weitgehend eingestellt, »Trabantenstädte wurden entkernt, Innenstädte saniert und ›Wohnsilos‹ aus den 50er und 60er Jahren abgerissen, wodurch Wohnraum knapper und im Durchschnitt teurer wurde« (Kunschner 2000: 95f.).⁷ – denkbar ungünstige Bedingungen, um Tausende Aussiedler in den Wohnungsmarkt zu integrieren, und eine schwierige Aufgabe für die Kommunen, die für die Unterbringung dieser Menschen Sorge zu tragen haben. In vielen Fällen kamen durch den gestiegenen Bedarf an Unterbringungsmöglichkeiten für die neu eingetroffenen Aussiedler enorme Kosten auf die Kommunen zu – Gelder, die eigentlich für den Neubau von Wohnungen gebraucht worden wären. Seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre hat sich die allgemeine Lage auf dem Wohnungsmarkt zwar etwas entspannt, aber abgesehen von der Tatsache,

6 Das hier zitierte Gutachten »Soziale Integration und Probleme ethnischer Schichtung«, das Häußermann/Siebel für die Unabhängige Kommission Zuwanderung erstellt haben, bezieht sich in erster Linie auf Ausländer. M. E. entspricht die dort dargestellte Problemlage aber durchaus derjenigen der Aussiedler, weshalb seine Ausführungen hier Anwendung finden können.

7 Vgl. hierzu auch die Ausführungen von Wolfrum (1989), Hallermann (1992), Bals (1993).

dass Notunterkünfte größtenteils der Vergangenheit angehören, kann von einer wirklichen Verbesserung der Wohnraumversorgung für Aussiedler keine Rede sein (vgl. ebd.: 97).

Hinzu kommt, dass die finanziellen Ressourcen der ankommenden Familien in der Regel durch die Aussiedlung fast vollständig aufgezehrt worden sind, so dass sie in Deutschland nur noch minderwertigen Wohnraum in Anspruch nehmen können. Wie eine Studie über die Wohnsituation von Aussiedlern von 1993 (Heller/Felgentreff 1993) zeigt, war schon zu diesem Zeitpunkt für über die Hälfte aller Befragten die erste Wohnung nach dem Durchgangslager bzw. dem Übergangswohnheim eine Sozialwohnung – bis heute hat sich daran nichts Entscheidendes geändert.

Nach einem relativ langen Aufenthalt im Durchgangslager oder im Übergangswohnheim, der im Regelfall zwischen sechs Monaten und drei Jahren dauert – mit allen Nachteilen wie räumlicher Enge, Mangel an Privatsphäre und Rückzugsmöglichkeiten, familiären Konflikten, Alkohol- und Drogenproblemen, Isoliertheit, schlechter Anbindung an den Ortskern mit Geschäften und Ämtern, geringen Kontaktmöglichkeiten zu Einheimischen und geringen Möglichkeiten der Freizeitgestaltung etc. (vgl. Dietz/Hilkes 1994: 91) –, bedeutet der Umzug in eine Sozialwohnung für viele Aussiedler-Familien zunächst eine Erleichterung. Dinge wie »wir haben jetzt ein eigenes Bad« und »endlich mal wieder ruhig schlafen« rücken in den Vordergrund. Aber dieses Gefühl hält für die meisten Aussiedler nur kurz an, denn allzu schnell werden sie von der sozialen Realität wieder eingeholt. Und auch die Eingliederung in die Aufnahmegesellschaft wird durch den Umzug in eine Sozialwohnung in der Regel nicht unbedingt erleichtert, da Stadtteile mit Sozialwohnungen, ähnlich wie die Umgebung von Übergangswohnheimen, häufig soziale Brennpunkte darstellen.

Ein weiterer Grund dafür, dass in einigen Stadtvierteln oder Wohnblocks (häufig mit Namen wie »Klein-Kasachstan« versehen) Aussiedler-Familien in größerer Zahl zusammenleben, ist deren in der Regel im Vergleich zu den Einheimischen schlechtere Ausstattung mit ökonomischen und sozialen Ressourcen. Dadurch haben die meisten Familien zunächst erhebliche Zugangsprobleme zum Wohnungsmarkt, so dass sie auf Informationen von Verwandten und Bekannten angewiesen sind, um eine Wohnung zu finden. Andere Informationskanäle, wie z.B. Makler, Zeitungsannoncen oder das Internet, werden so gut wie gar nicht in Anspruch genommen, auch weil diese in der Regel mit Kosten verbunden sind. Nicht selten werden frei werdende

Wohnungen ›unter der Hand‹ an Bekannte oder Verwandte weitervermittelt (vgl. Bürkner 1998: 60f.). Meist haben auch die Aussiedler-Familien selbst den Wunsch, in der Nähe von Landsleuten zu wohnen, um wenigstens ein bisschen ›Gewohntes‹ um sich zu haben. Aber auch strukturelle Mechanismen des Wohnungsmarkts, wie z.B. die Vergabepaxis der kommunalen Ämter für Sozialwohnungen, verstärken häufig die Tendenz zur Wohnsegregation der Aussiedler, obwohl gerade hier eine Möglichkeit zum Gegensteuern liegen würde (vgl. ebd.). In einigen Kommunen wird dies teilweise schon praktiziert.

Bleibt festzuhalten: Die Kommunen sind die primären Orte, an denen Integration stattfindet und umgesetzt wird. In Zeiten leerer städtischer Kassen hängt ihre kulturelle und ökonomische Zukunft nicht zuletzt auch davon ab, ob es ihnen gelingt, Zuwanderer zu integrieren – eine Aufgabe, die zwar viel fordern wird, aber auf jeden Fall auch Bereicherung bedeutet. Darüber hinaus ist zu erwarten, dass die Kosten für eine Nicht-Integration der Zuwanderer (Aussiedler wie Ausländer) bei weitem höher liegen werden als dies derzeit der Fall ist. Bei all dem sind die Kommunen trotz ihres relativ großen gestalterischen Spielraumes und ihrer Vorreiterrolle im Bereich Zuwanderung und Integration nach wie vor von der ›großen Politik‹ abhängig, da allgemeine demografische und kulturelle Prozesse auf Art und Ausmaß von Segregation und/oder Integration ebenso Einfluss haben wie die allgemeine Arbeitsmarktsituation oder staatliche Institutionen (vgl. Häußermann/Siebel 2000: 77). Doch diese ›große Politik‹ scheint, wie der Aussiedlerbeauftragte Jochen Welt es treffend formuliert hat, »am Ende der Leistungsfähigkeit angelangt« zu sein (Bundesministerium des Innern 2004), was auch folgendes Zitat verdeutlichen mag:

»Schon 1974 faßte der Städtetag [...] in einem Beschluss zusammen, was auch heute noch die allgemeine Überzeugung der Stadtpolitiker ist [...] ›Aufgabe der Gemeinden ist es, anzustreben, dass [...] Ghettos aufgelöst werden bzw. ihre Entstehung verhindert wird [,] Ausländern das Leben in allen Wohngebieten ermöglicht wird und Wohnungen der Ausländer in alle Wohngebiete der Gesamtbevölkerung eingestreut werden [,] geeignete Bauarten, Bauformen und Siedlungsstrukturen entwickelt werden, in denen ein ungestörtes Nebeneinanderleben von ausländischer und deutscher Bevölkerung möglich ist und vielfältige Kontakte stattfinden können.« [...] Die Stadtentwicklung hat sich aber nicht daran gehalten, denn seit diesem Beschluß sind in vielen Städten Ausländerviertel entstanden. Daß Ausländer in allen Wohngebieten der Städte Wohngelegenheiten finden können, ist ebenso wenig Realität geworden. Und über die

Entwicklung von ›Bauarten, Bauformen und Siedlungsstrukturen‹ konnte offensichtlich ein ›ungestörtes Nebeneinanderleben von ausländischer und deutscher Bevölkerung‹ nicht sichergestellt werden. Hat die Politik versagt?« (Häußermann/Siebel 2000: 74)

Herausforderung soziale und kulturelle Integration

Betrachtet man die vorangegangenen Abschnitte, lässt sich in etwa errahnen, wie schwierig sich die Integration der seit 1990 eingereisten Aussiedler vollzieht. Auch der »Sechste Familienbericht der Bundesregierung« vom 20. Oktober 2000 bestätigt dies. Demnach haben sich »die Bedingungen für die berufliche, soziale und gesellschaftliche Eingliederung von [...] Aussiedlern in den vergangenen Jahren erheblich verschlechtert« (zit. nach Unabhängige Kommission Zuwanderung 2001: 182). Mehrere Gründe sind dafür ausschlaggebend. Wie bereits erwähnt haben die Aussiedler selbst Probleme und Defizite ›im Gepäck‹ (vgl. Einleitung), aber auch die Aufnahmegesellschaft hat ihrerseits einige Schwierigkeiten, was vor allem in einem Mangel an Akzeptanz und Solidarität sowie in zunehmenden Überfremdungsängsten zum Ausdruck kommt. Was die Russlanddeutschen betrifft, werden diese von der Bevölkerung überwiegend als »die Russen« wahrgenommen und negativ stigmatisiert. Darüber hinaus betrachten die meisten Einheimischen die staatlichen finanziellen Zuwendungen und Beihilfen (wie z.B. die Eingliederungshilfe) als ungerechtfertigte Privilegien (vgl. Blahusch 1999) und fühlen sich um ihre vermeintlichen Chancen gebracht. Laut verschiedener Umfragen Ende der 1980er Jahre sank die Akzeptanzbereitschaft gegenüber den Aussiedlern fast umgekehrt proportional zu deren steigender Zuwanderung (ebd.: 168). Auch wenn die Zuzugszahlen heute weitgehend stagnieren, bleiben doch Konkurrenzängste, Unsicherheit und Vorurteile bestehen, denen die Aussiedler in Deutschland begegnen.

So stehen nun auf der einen Seite Ressentiments, mangelnde Akzeptanzbereitschaft, mangelnde Solidarität, Konkurrenz- und Überfremdungsängste und nicht zuletzt große Unwissenheit über Geschichte, Herkunft und Lebensumstände der Aussiedler. Auf der anderen Seite finden sich Sprach- und Adaptionsprobleme, Segregations-tendenzen, Identitätsverluste und infolgedessen zunehmende Probleme mit Gewalt, Alkohol und Drogen. All dies bleibt nicht ohne Folgen für die soziale und kulturelle Integration der Aussiedler, erwachsener wie jugendlicher gleichermaßen. Sogar Kinder sind von diesem Klima bereits betroffen (»Auf diesem Spielplatz spielen nur Russen – da

gehst du nicht hin!«), obwohl deren Integration – auch im Vergleich zu der Integration von Jugendlichen – am leichtesten verläuft. Im folgenden Abschnitt möchte ich mich speziell den Integrationschancen und -bedürfnissen der jungen Aussiedler-Generation widmen.

Kinder und jugendliche Aussiedler

»Insbesondere bei jüngeren Familienangehörigen der [...] Aussiedler [entstehen] durch fehlende oder mangelhafte Deutschkenntnisse beträchtliche, mit sozialer Ausgrenzung verbundene Integrationsprobleme« (Unabhängige Kommission Zuwanderung 2001: 182). Tatsächlich geraten vor allem die seit Beginn der 1990er Jahre mit ihren Eltern eingereisten jugendlichen Aussiedler immer stärker als benachteiligte, marginalisierte, durch Drogen, Alkohol und Gewalt auffallende Problemgruppe ins Blickfeld. Was aber sind die auslösenden und verstärkenden Faktoren hierfür? Im obigen Zitat werden »fehlende oder mangelhafte Deutschkenntnisse« als Hauptursache angegeben, und tatsächlich ist auch hier erneut festzustellen, dass Sprache eine unabdingbare Voraussetzung für gelungene Integration ist. Nur über ausreichende Sprachkenntnisse können soziale Beziehungen geknüpft, Ausbildungen bestanden, Berufe erlernt und/oder ausgeübt werden.

Selbst nach mehreren Sprachkursen beherrscht nur etwa ein Drittel der Jugendlichen (sowohl schulpflichtige als auch nicht mehr schulpflichtige) die deutsche Sprache nach eigener Einschätzung gut bis sehr gut (vgl. Dietz 1999b: 158). Dies lässt sich zum Teil auf die Tatsache zurückführen, dass oft nur ein (Eltern-)Teil der seit den 1990er Jahren zugewanderten Familien Aussiedler-Status hat und der Rest »mitreisende Familienangehörige« ohne Deutschkenntnisse sind (vgl. oben). In den meisten dieser Familien und auch im Freundeskreis wird hauptsächlich Russisch bzw. die Sprache des Herkunftslandes gesprochen, weshalb das erlernte Deutsch kaum zur Anwendung kommt. Je länger jedoch die Aufenthaltsdauer in Deutschland ist, desto mehr Beziehungen werden geknüpft, in denen überwiegend Deutsch gesprochen wird (ebd.).

Im Vergleich zu jugendlichen Aussiedlern haben russlanddeutsche Kindergarten- und Grundschulkinder, aufgrund ihres niedrigen Alters, bessere Chancen, ein für den schulischen und beruflichen Erfolg ausreichendes Sprachniveau zu erreichen – dies hat mit der längeren Betreuungsdauer ebenso zu tun wie mit der höheren sprachlichen Lernfähigkeit im Kindesalter (vgl. Unabhängige Kommission Zuwanderung 2001: 213f.). Auch was den Kontakt zu Einheimischen angeht,

sind russlanddeutsche Kinder im Vorteil. In der Regel sind bei ihnen die Hemmungen nicht so groß, auf Einheimische gleichen Alters zuzugehen, etwa beim Spielen oder beim Sport etc. Interkulturelles Miteinander kann so bei Aussiedlern und Einheimischen schon in jungen Jahren als etwas völlig Normales erlernt und erfahren werden.

Die Jugendlichen der Russlanddeutschen befinden sich demgegenüber in einer schwierigeren Ausgangslage. Sie haben ihre ersten Sozialisierungsprozesse im Herkunftsland durchlaufen und deshalb oft ganz andere Vorstellungen vom Leben, von Alltags- und Freizeitkultur als deutsche Gleichaltrige. Darüber hinaus sind sie bereits sowohl im Herkunftsland als auch in Deutschland Opfer von Ausgrenzungen und Stigmatisierungen geworden. Außerdem ist ihr Alltag in Deutschland durch viele Enttäuschungen und Misserfolge geprägt: Sitzenbleiben in der Schule, Schwierigkeiten mit der Sprache, Abbruch der Lehre, misslungene Vorstellungsgespräche und Arbeitslosigkeit, um nur einige zu nennen. Die Angst, als Verlierer gesehen zu werden oder dem Vergleich mit Gleichaltrigen nicht standhalten zu können, hält viele Jugendliche davon ab, mehr als unbedingt notwendig zu Einheimischen in Kontakt zu treten.

»Eine empirische Untersuchung hat gezeigt, dass es für Aussiedlerjugendliche, die noch nicht lange in Deutschland leben, wichtig sein kann, in der Freizeit einen ›Schonraum‹ zur Verfügung zu haben. [...] Eine attraktive Gruppe, wie sie die Einheimischen für die Aussiedler darstellt, ruft intensive Bemühungen hervor, Unterschiede zu sich selbst zu verringern. Ist dies jedoch aufgrund von fehlenden Ressourcen nicht möglich, bleibt lediglich die Alternative, dem Vergleich mit anderen aus dem Weg zu gehen. [...] Wenigstens in ihrer Freizeit, so die Aussage vieler Jugendlicher, wollen sie ihre Ruhe vor den Anforderungen der neuen Umwelt haben« (Dietz 1999b: 172f.).

Darüber hinaus fehlen den Aussiedler-Jugendlichen oft die finanziellen Mittel, um mit deutschen Gleichaltrigen ins Kino, in die Kneipe, in die Diskothek oder auch nur zum ›Shoppen‹ zu gehen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass mehrere Gründe und Faktoren – sowohl exogene als auch endogene – dazu beitragen, dass jugendliche Aussiedler in Schule, Beruf und Alltag große Schwierigkeiten und geringe Chancen haben. Diese sind auf der einen Seite schlechte Sprachkenntnisse und schlechte Ausstattung mit ökonomischen und sozialen Ressourcen sowie schlechte Wohnbedingungen und dadurch oft ein Aufwachsen in Randständigkeit und Isolation,

familiäre Probleme, Identitätsprobleme und dadurch häufig Flucht in Gewalt, Drogen und Alkohol. Dem stehen auf der anderen Seite fehlende Akzeptanz, Stigmatisierungen und oft auch Diskriminierungen gegenüber, wodurch jegliche Kontaktaufnahme und folglich auch jegliche soziale Einbindung der jugendlichen Aussiedler wenn auch nicht unmöglich gemacht, so aber doch erheblich erschwert werden.

Auch wenn hier nur einige der genannten Problembereiche angerissen wurden und diejenigen Jugendlichen, bei denen Integration längst gelungen ist, keine Erwähnung gefunden haben, zeigt sich doch zweierlei: Jugendliche Aussiedler sind die Gruppe mit dem höchsten Integrationsbedarf. Gleichaltrige Einheimische haben einen ebenso großen Bedarf an Aufklärung über Herkunft, Geschichte und Lebensweise der Aussiedler. Durch Erziehung zu Toleranz, Akzeptanz und Solidarität und einer konsequenten und intensiven Förderung im schulischen wie außerschulischen Bereich haben beide Gruppen die besten Chancen, dass in Zukunft Integration gelingt, denn: »Die Jugend – wer könnte daran zweifeln – ist das beste und schlimmste Alter für alles; auch für die Migration« (Grinberg/Grinberg 1990: 144).

Fazit

Mit all diesen Schwierigkeiten und Herausforderungen vor Augen stellt sich relativ schnell die Frage nach dem *Wie*: Wie können all diese neuen Herausforderungen in Zukunft gemeistert werden? Wie können Gleichberechtigung, Zufriedenheit, Sicherheit, bereicherndes und gedeihliches Miteinander unter diesen Vorzeichen erreicht werden? Wie bringt man die Menschen, Aussiedler wie Einheimische, dazu, Integration zu wollen? Und nicht zuletzt, wenn die Richtung einmal klar ist, wer soll welche Aufgaben übernehmen, und vor allem: Wie soll das alles finanziert werden? Ein ganzes Bündel von Fragen, für deren Beantwortung es sicherlich kein Patentrezept gibt. Und dennoch kann über den sprichwörtlichen Tellerrand zu schauen, durchaus ein Schritt in die richtige Richtung sein. Das hat auch schon die Unabhängige Kommission Zuwanderung (vgl. 2001: 252f.) erkannt und einen Blick auf die Integrationspolitik anderer Länder geworfen. Denn auch wenn jedes Land über seine Eigenheiten verfügt, so ist es doch hilfreich zu sehen, wie andernorts mit Zuwanderern umgegangen wird und welche politischen, rechtlichen und institutionellen Möglichkeiten und Bedingungen für den Umgang mit Zuwanderung geschaffen werden etc.

Die Herausforderungen sind größer geworden – kein Zweifel. Die Aussiedler, fremde Deutsche, wollen ›heim‹ und kommen dabei in die Fremde, und selbst da kommen sie oft niemals richtig an. Sie bringen ein ›Gepäck‹ mit, auf das – so vielfältig und bereichernd dieses mit Sicherheit sein mag – in Deutschland keiner so recht vorbereitet zu sein scheint. Fremd sind sie wohl, aber *zu* fremd?

Sicher ist eines: Ohne ein neues und den veränderten Verhältnissen angepasstes Zuwanderungsgesetz geht es auch in der Aussiedler-Politik nicht mehr. Deutschland braucht neue, stabile, belastungsfähige und elastische »Schläuche für den Wein«, um das anfangs verwendete Bild noch einmal aufzugreifen. Wir sind längst zum Einwanderungsland geworden und daher sollten wir auch ein *Integrationsland* werden und das erst recht für diejenigen, die als »Deutsche unter Deutschen« leben, arbeiten und wohnen wollen.

Literatur

- Althammer, Walter/Kossolapow, Line (Hg.) (1992): *Aussiedlerforschung. Interdisziplinäre Studien*, Köln u.a.: Ost-West-Kulturwerk e.V.
- Baaden, Andreas (1997): *Konzepte und Modelle zur Integration von Aussiedlern*, Schriftenreihe zur Aussiedlerintegration, Band 8, Berlin: Institut für berufliche Bildung und Weiterbildung e.V.
- Bade, Klaus/Oltmer, Jochen (Hg.) (1999): *Aussiedler: Deutsche Einwanderer aus Osteuropa*, IMIS-Schriften, Band 8, Osnabrück: Universitätsverlag Rasch.
- Bals, Christl (1993): »Zur Wohnungsversorgung von Aussiedlern in der Bundesrepublik«. In: Klaus Bade/Ilan S. Troen (Hg.), *Zuwanderung und Eingliederung von Deutschen und Juden aus der früheren Sowjetunion in Deutschland und Israel*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 76-80.
- Bauer, Thomas/Zimmermann, Klaus (1995): »Arbeitslosigkeit und Löhne von Aus- und Übersiedlern«. In: Viktor Steiner/Lutz Bellmann (Hg.), *Mikroökonomik des Arbeitsmarktes*, Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nr. 192, Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit, S. 89-113.
- Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen (Hg.) (1999): *Aussiedlerpolitik 2000. Integration in Deutschland – Hilfe in den Herkunftsländern*, Sonderheft Info-Dienst Deutsche Aussiedler Nr. 103.

- Blahusch, Friedrich (1999): *Zuwanderungspolitik im Spannungsfeld ordnungspolitischer und ethnisch-nationalistischer Legitimationsmuster*, Frankfurt am Main u.a.: Peter Lang.
- Bürkner, Hans-Joachim (1998): »Kleinräumliche Wohnsegregation von Aussiedlern in der Bundesrepublik Deutschland«. In: *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 23(1), S. 55-69.
- Bundesministerium des Innern (Hg.) (2001): *Neue Wege der Aussiedlerpolitik*, Fakten, Akzente, Berlin (Faltblatt).
- Bundesministerium des Innern (2003): *Zahlen – Daten – Fakten*, Info-Dienst Deutsche Aussiedler Nr. 116.
- Bundesministerium des Innern (2004): »Zuwanderungsgesetz überfällig!« Pressemitteilung des Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten Nr. 106 vom 03. Mai 2004.
- Dembon, Gerold/Hoffmeister, Dieter/Ingenhorst, Heinz (1994): *Fremde Deutsche in deutscher Fremde. Integrationsprobleme von Aussiedlern im kommunalen Raum*, Regensburg: S. Roderer.
- Dietz, Barbara (1999a): »Integrationspolitik für Aussiedler: Krisenverwaltung oder konzeptioneller Neuanfang?« In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.), *Perspektiven der neuen Aussiedlerpolitik*, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, S. 19-28.
- Dietz, Barbara (1999b): »Jugendliche Aussiedler in Deutschland: Risiken und Chancen der Integration«. In: Klaus Bade/Jochen Oltmer (Hg.), *Aussiedler. Deutsche Einwanderer aus Osteuropa*, IMIS-Schriften, Band 8, Osnabrück: Universitätsverlag Rasch, S. 153-176.
- Dietz, Barbara/Hilkes, Peter (Hg.) (1994): *Integriert oder isoliert? Zur Situation rußlanddeutscher Aussiedler in der Bundesrepublik Deutschland*, München: Olzog.
- Fleischer, H./Proebsting H. (1989): »Aussiedler und Übersiedler – Zahlenmäßige Entwicklung und Struktur«. In: *Wirtschaft und Statistik* 9, S. 582-589.
- Grinberg, León/Grinberg, Rebeca (1990): *Psychoanalyse der Migration und des Exils*, München: Verlag International.
- Hallermann, Bernhard (1992): »Integration und Zukunftsperspektiven der Aussiedler in der Bundesrepublik Deutschland«. In: Sozial- und Jugenddezernat der Stadt Freiburg i.Br. (Hg.), *Aussiedler in Freiburg*. Referentenbeiträge zur Fachtagung am 26. Juni 1991 in Freiburg i.Br., S. 15-19.

- Häußermann, Hartmut/Siebel, Walter (2000): *Soziale Integration und Probleme ethnischer Schichtung*. Gutachten erstellt für die Unabhängige Kommission Zuwanderung.
- Heller, Wilfried/Felgentreff, Carsten (1993): *Integration von Aussiedlern und anderen Zuwanderern in den deutschen Wohnungsmarkt. Vorgelegt vom Geografischen Institut der Universität Göttingen, Abteilung Kultur- und Sozialgeographie*, Bonn: Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau.
- Koller, Barbara (1993): »Aussiedler in Deutschland. Aspekte ihrer sozialen und beruflichen Eingliederung«. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 48/93, S. 12-22.
- Kunschner, Friedhelm (2000): *Zwischen zwei politischen Kulturen. Aussiedler in der Bundesrepublik Deutschland*, Leipzig: Institut für West-Ost-Studien.
- Leciejewski, Klaus (1990): »Zur wirtschaftlichen Eingliederung der Aussiedler«. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 3/90, S. 52-62.
- Unabhängige Kommission Zuwanderung (2001): *Zuwanderung gestalten. Integration fördern*, Bericht der Unabhängigen Kommission Zuwanderung, Berlin: Bundesministerium des Innern.
- Wolfrum, Gudrun (1989): »Wohnversorgung für Aussiedler«. In: Amt für Statistik und Einwohnerwesen der Stadt Freiburg i.Br. (Hg.), *Sonderbericht aus der Reihe Stadtforschung*, S. 61-69.